

**Aus der Stadtrats-  
sitzung am  
29. Oktober 2008  
Seite -2-**

**Wird die Finanz-  
zur  
Wirtschaftskrise?  
Seite -5-**

**Kreistour des  
Landesvorstandes  
2008  
Seite -7-**

# Linkes Blatt **DIE LINKE.**

20. Ausgabe / 18. Jahrgang

Für Halle

11. November 2008



## *101011 In was für einer Stadt wollen wir leben? „Zukunftswerkstadt Halle“*

**am Samstag, dem 15. November 2008 ab 9:30 Uhr  
im Stadthaus am Marktplatz**

Politik, auch auf der kommunalen Ebene, ist oft zu sehr am Zeitraum einer Wahlperiode orientiert. Unter dem Motto „In was für einer Stadt wollen wir leben?“ führt die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) diese Veranstaltung durch, um mit Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und Initiativen über die längerfristige Gestaltung unserer Stadt ins Gespräch zu kommen.

Die von Robert Jungk begründete Beteiligungsform der Zukunftswerkstatt soll den geeigneten Rahmen bieten, Ihre Problemsichten und Ideen zur Lösung städtischer Probleme einfließen zu lassen. Hier sollen jedoch nicht nur Visionen für Halle (Saale) entwickelt, sondern auch konkrete kommunalpolitische Ansatzpunkte ausgearbeitet werden. Wir möchten alle interessierten Hallenserinnen und Hallenser einladen, sich an diesem Diskussionsprozess zu beteiligen.

### **Arbeitsgruppen**

- Armut in Halle  
Einstieg durch Dr. Peter Pichotta, Paritätischer Wohlfahrtsverband Halle
- Lebenswertes Halle  
Einstieg durch Dr. Friedrich Bussmann, Beigeordneter Planung und Umwelt in Halle a.D.
- Hallesche Kulturlandschaft  
Einstieg durch Wolfgang Fritz, Kulturinitiative Sachsen-Anhalt

### **Programm**

- ab 09:30 Uhr Ankunft
- 10:00 Uhr Begrüßung
- 10:15 Uhr „Herausforderungen für die Kommunalpolitik in Halle“ Dr. Bodo Meerheim
- 10:30 Uhr Parallele Arbeit in Arbeitsgruppen
- 12:30 Uhr Mittagspause
- 13:15 Uhr Verstellung der Arbeitsgruppenergebnisse im Plenum
- 14:00 Uhr Diskussion zu möglichen kommunalpolitischen Projekten
- ca. 15:00 Uhr Ende der Veranstaltung

## Aus der Stadtratssitzung am 29. Oktober 2008

Zwei Themen dominierten die Stadtratssitzung: Die Grundsatzentscheidung zum Fußballstadion und die Einbringung des Haushaltes.

Der Planungsausschuss hatte die Vorlage zum Stadion als erste Lesung behandelt, also keinen Beschluss gefasst.

Der Sportausschuss hatte einstimmig der Grundsatzentscheidung zum Bau des Stadions zugestimmt. Auch die 3 Mitglieder unserer Fraktion konnten sich dem Beschluss anschließen, weil wir aus sportpolitischer Sicht, u. a. mit einem Änderungsantrag, unsere Intentionen zum Bau der Ballsporthalle durchgesetzt haben. Für unsere Fraktion hat der Bau einer Ballsporthalle Priorität! In der Vorlage der Verwaltung war vorgesehen, diese Ballsporthalle auf dem Gelände der Messe in Bruckdorf zu bauen. Diese Planung stieß bei uns auf Kritik; u. a. auch deshalb, weil das Messegelände z. B. für Kinder und Jugendliche (es geht ja auch um Trainingszeiten) zu weit abgelegen ist. Unser Änderungsantrag beinhaltete, dass die Sporthalle am Standort Kurt-Wabbel-Stadion oder Halle-Neustadt gebaut wird - fand im Sportausschuss die Mehrheit. Der Finanzausschuss hatte diese Vorlage auch nicht beschlossen. Die Gründe waren u. a. auch, dass der Fachausschuss (Planung und Umwelt) noch nicht beschlossen hat und die Finanzierung des Stadions - 17,5 Millionen müssen nach jetziger Vorlage investiert werden - noch nicht gesichert ist. Trotz dieser „Vorgeschichte“ soll-

te im Stadtrat der Grundsatzbeschluss gefasst werden. Auf einen Antrag von Mathias Weiland (Fraktion Wir für Halle/Grüne/MitBürger), das Stadionkonzept nicht zu beschließen, sondern noch einmal in die Ausschüsse zu verweisen, folgte von Herrn Hajek - im Auftrage seiner Fraktion - der Antrag auf namentliche Abstimmung. Mit 27 zu 22 Stimmen ging die Entscheidung aus - für die Verweisung. Auch unsere Fraktion vertrat mehrheitlich die Meinungen, dass es noch inhaltlicher Abstimmungen bedarf, ehe wir so einem „millionenschweren Paket“ zustimmen können. Die Atmosphäre im Stadtrat war aufgeheizt. Wir fühlten uns schon irgendwie „vorgeführt“. HFC-Fans drückten lautstark ihr Unverständnis aus; aus ihrer Sicht sicherlich einsehbar. Aber Stadträte müssen Verantwortung übernehmen. Wir wollten mit dieser Entscheidung auch ausdrücken, dass wir unsere Verantwortung sehr ernst nehmen, keine Beschlüsse, die möglicherweise nicht untersetzt sind, fassen. Bodo Meerheim führte in der Diskussion u. a. aus: „Dass jene, die für die Einhaltung der Demokratie sind, schlecht gemacht werden, ist nicht hinnehmbar. Es ist Theater, wenn unserer Fraktion Verzögerungstaktik vorgeworfen wird“. SPD-Fraktionsvorsitzender Krause „konterte“: „Gerade von der Linkspartei muss man sich das ‚Demokratiespiel‘ nicht sagen lassen“. Das ging dann schon unter die Gürtellinie!!

Im November soll dann im Stadtrat noch einmal zum Grundsatz-

beschluss des Baus des Stadions und einer Ballsporthalle abgestimmt werden. Unsere Fraktion hat sich generell für den Bau des Stadions und der Ballsporthalle ausgesprochen, aber: offene Fragen - insbesondere der Finanzierung - müssen geklärt sein!

Ähnlich emotionsgeladen verlief die Einbringung des Haushaltes 2009. Frau Szabados führte bei der Einbringung aus, dass wir eine schlechtere Ausgangslage für den Haushalt haben, als noch vor einem Jahr gedacht. Gründe für diesen „Zustand“ suchte sie in der Mindereinnahme von Zuweisungen des Landes an die Kommune, in der Erhöhung der Personalkosten von über 8 Mio. Euro, aber auch durch die Tatsache, dass die Konsolidierungsmaßnahmen nicht so greifen, wie einst gedacht. Hier führte sie vor allem die geplanten einzusparenden Mittel für die „Hilfe zur Erziehung“ an. Das Haushaltsdefizit belief sich jetzt bei 22,4 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2009 - so Frau Szabados. Sie appellierte an die Stadträte, den Haushalt trotz aller Zwänge noch im Dezember 2008 zu beschließen! Die Vorlage zum Haushalt ging von einem Beschluss im Januar aus!

Bodo Meerheim, Fraktionsvorsitzender unserer Partei und Vorsitzender des Finanzausschusses entgegnete: „Im Schweinsgalopp geht der Haushalt nicht durch“! Er kritisierte, dass Frau Szabados in ihrer Rede „vergessen“ hatte darzustellen, dass die Minderausgabe von 5 Mio. Euro aus den „sogenannten“ freiwilligen Leistungen mit zu nen-

nen sei! Er kritisierte weiterhin, dass nicht gesagt wurde, woher der Fehlbetrag der Haushaltskonsolidierung kommt! Er führte weiterhin aus, dass er die Meinung vertrete, dass die Finanzkrise auch an Halle nicht vorbeigehen wird! Die HWG und GWG werden ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung 2009 nicht bringen können! Er unterbreitete deshalb den Vorschlag, ein Moratorium zu beschließen, um die Haushaltskonsolidierung zeitlich zu strecken und die Verkäufe von Immobilien der HWG und GWG zu halbieren. Der Haushalt wird nun zunächst in den Fachausschüssen beraten. Zum Haushalt „beigelegt“ wurde uns die „Streichliste“ für die 5 Millionen Euro aus den sogenannten freiwilligen Aufgaben. Diesen Vorschlag lehnt unsere Fraktion - wie schon an anderer Stelle gesagt - ab. Diskussionen gab es auch noch zum Tagesordnungspunkt „Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring“. Hier gab es sehr unterschiedliche Positionen, die von den Einbringern auch jeweils vehement verteidigt wurden. Durchgesetzt hat sich der Beschlussvorschlag der Verwaltung, der die Beibehaltung der heutigen Verkehrsführung vorsieht. Beschlossen wurde dazu, dass die Vorplanung eine breitere Brückenplatte, die einen späteren Ausbau des Robert-Franz-Ringes für einen Zweirichtungsverkehr ermöglicht, vorsieht. Alle anderen Beschlussvorlagen, die zur Abstimmung standen, wurden ohne Diskussion beschlossen.

Ute Haupt, Stadträtin

## Im kalten Krieg muss man sich warm anziehen

Das Super-Gedenk-Jahr 2009 wirft seine Schatten voraus. Aber anstatt sich einer sachlichen, geschichtsbewussten und kritischen Diskussion zu stellen, geht die Union in Kalter-Kriegs-Rhetorik auf DIE LINKE los. Wie es beim militanten Antikommunismus schon immer gewesen ist, geht es sowohl um DIE LINKE als auch um die vermeintlich vaterlandslosen Gesellen der SPD gleich mit. Das war schon immer der antikommunistische Monolog: Schwarz und Weiß, Inklusion und Exklusion, Denunziation und der Unwille, auch selbstkritisch Geschichte aufzuarbeiten. Jüngster Tiefpunkt dieser Wahlkampfwellen ist der von der CDU/CSU entfachte Streit über eine gemeinsame Erklärung des Bundestages gegen den Antisemitismus aus Anlass des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht. Während SPD, FDP und Grüne weiterhin eine Erklärung aller Fraktionen einschließlich der LINKEN anstreben, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hans-Peter Uhl: „Mit den Linken machen wir mit Sicherheit keinen Antrag gegen Antisemitismus“ und fügte als Begründung hinzu „es gibt in der Linkspartei eindeutig antisemitische Tendenzen“. Schlimm genug könnte man meinen, dass der Union offenbar der antikommunistische Reflex wichtiger ist, als der gemeinsame Kampf gegen zunehmenden Antisemitismus. Der von der CDU/CSU-Fraktion vorgelegte Entwurf enthält jedoch einige skandalöse Formulierungen, die ihre Verfasser in

mehrfacher Hinsicht als Revanchisten und Geschichtsklitterer entlarven. So wird mit dem Text wider besseres Wissen suggeriert, in der DDR wären Unternehmer enteignet worden, weil sie Jüdinnen und Juden waren. Der Versuch, die DDR mit dem NS-Regime und den Ereignissen um den 9. November 1938 gleichzusetzen, ist allerdings mehr als plump.

Da verwundert nicht weiter, dass die Konservativen einen Abgeordneten, der sich ansonsten dem Kampf gegen die „ewige Stigmatisierung der Deutschen“ auf die Fahnen geschrieben hat, nun zum Ankläger in Sachen Antisemitismus in der LINKEN gemacht haben. Rechtsaußen Uhl, der regelmäßig mit revanchistischen geschichtspolitischen Einlassungen auf sich aufmerksam macht, verdeutlicht sehr gut, wie groß der Hass der Union auf die LINKE ist und was von ihren Absichtserklärungen in Sachen Antisemitismus zu halten ist. Als beispielsweise im Juli 2000 Bundestag und Bundesrat das Gesetz zur Entschädigung jüdischer Zwangsarbeiter verabschiedeten, forderte Uhl, gleichsam auch die „deutschen Opfer“ zu entschädigen, da eine „wahre Aussöhnung“ gebiete, die „verschleppten Deutschen“ ebenso wie die jüdischen Opfer zu berücksichtigen. Bei einem solchen „Geschichtsbeauftragten“ wird auch verständlich, warum der Union gar nicht bewusst wird, dass in der Frage des Antisemitismus drei Finger auf sie zurückweisen. So sei an dieser Stelle nur beispielhaft an die Rolle

des Adenauer-Vertrauten Hans Globke oder den Vertriebenenminister Theodor Oberländer im Dritten Reich erinnert. Von Leuten wie Oberländer oder Globke, der u.a. 1936 den ersten amtlichen Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen und deren Ausführungsverordnungen verfasste und anschließend in der BRD als Staatssekretärs im Kanzleramt seine Karriere ungehindert fortsetzen konnte, hat sich die CDU/CSU nie distanziert.

So verwundert es auch nicht weiter, wenn in einem aktuellen „Ostdeutschlandantrag“ des CDU-Vorstandes an den kommenden Bundesparteitag steht: „Zusätzlich zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und des Holocaust gehört für die CDU auch das Gedenken an die Opfer der

Diktatur der SED zu den konstitutiven Elementen des wiedervereinigten Deutschland.“ Und ebenso heißt es dort im Jahre 2008 (!): „Die CDU wird ihren Kampf gegen sozialistische Experimente jeglicher Art fortsetzen.“

Was alle Linken erstmal vorbehaltlos freuen sollte: Der alte Antikommunismus der Bundesrepublik, verstanden als Abwehrideologie gegen die Arbeiterbewegung und die Linke insgesamt, ist in einer Krise. Der in der westdeutschen Gesellschaft ehemals verbreitete „Antikommunismus der Lohnabhängigen“ zieht nicht mehr. Doch obwohl sich die gesellschaft-

liche Situation gründlich geändert hat und der jüngste antikommunistische „Kreuzzug“ der CSU gewaltig auf die Füße gefallen ist, hat sich die antikommunistische Ideologie und Agitation der Konservativen in über 50 Jahren offensichtlich kein Stück weiterentwickelt – weder inhaltlich noch sprachlich. Wirklich gefährlich und abstoßend ist die Revitalisierung der eigentlich auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandeten Totalitarismustheorie,

geduckter Haltung bestreiten, sondern selbstkritisch und selbstbewusst um die richtige Deutung von Geschichte ringen. Dazu gehört die glasklare Zurückweisung der Totalitarismustheorie in Politik und Wissenschaft. Dazu gehört auch das Kenntlichmachen des Einverleibens der Blockflöten DDR-CDU und der Bauernpartei in die CDU der Bundesrepublik – samt Vermögen.

Einen Fehler darf die Linke aber



also der behaupteten Wesensgleichheit von Rot und Braun. Nicht nur, dass mit dieser Ideologie in den 50er Jahren die massenhafte Rückkehr von alten Nazis in Amt und Würden legitimiert wurde. Nein, im Jahre 2008 wird damit die Einmaligkeit, der Zivilisationsbruch der durch den größten, durchbürokratisierten Verwaltungsmassenmord geprägten Geschichte relativiert. Das Unrecht in der DDR in diesen Zusammenhang zu bringen war 1950 falsch und ist es 2008 noch immer.

Die Linke insgesamt sollte die kommenden Jahrestage 2009 nicht in

nicht machen: bei aller Kritik an der Geschichtsklitterung der Konservativen die Fehler, das Unrecht und auch die Verbrechen im Namen des Sozialismus zu übergehen. Diese Auseinandersetzung muss geschichtsbewusst und kritisch geführt werden. Und zwar völlig unabhängig von den Pharisäern der CDU/CSU. Die Zurückweisung und Bekämpfung antikommunistischer Ideologie ist nur dann erfolgreich, wenn sie von einem unzweifelhaften antistalinistischen Standpunkt geführt wird.

Jan Korte

MdB & Mitglied im Parteivorstand



## Wird die Finanz- zur Wirtschaftskrise?

„Der einzige Teil des sogenannten Nationalreichtums, der wirklich in den Gesamtbesitz der modernen Völker eingeht, ist - ihre Staatsschuld.“ (Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, MEW 23, S. 782) Zugegeben, aus dem Zusammenhang entnommene Klassikerzitate sind als unzulässige, oft sinnentstellende Verkürzungen anzusehen. Nach der Aktuellen Debatte am 09. Oktober 2008 im Landtag schrieb die „Mitteldeutsche Zeitung“ über den Beitrag unserer Fraktion von ständigen Marx-Zitaten. Tatsächlich gab es einen Bezug auf den dritten Band von Marxens „Kapital“, aber diese mediale Ungenauigkeit war so typisch wie bestimmend für den gesamten Verlauf der Berichterstattung.

Nicht nur aus Achtung vor der Pressefreiheit wird das obige Zitat bewusst diesem Beitrag vorangestellt. Denn am 13.10.08 will die Bundesregierung mehrere hundert Milliarden EURO - mehr als den jährlichen Bundeshaushalt - für die Bankenrettung zusätzlich bereitstellen. Auf Kosten der Steuerzahler. Die Koalition fand Marx im Plenarsaal dermaßen erschrecklich, dass unser Beitrag auf den Landtagsfluren als „Bürgerschreck“ diffamiert wurde.

Unmittelbar nach der Sitzung erreichten uns zustimmende E-Mails von Sympathisanten, die eine Aufschreckung der momentan verunsicherten, aber nicht weniger demagogischen Neoliberalen durch drängende Wahrheiten begrüßten. Während des Debattentages offenbarte sich die Tragweite unserer kritischen Fragen an die Landesregierung. Die am Vortage beschlossene Leitzinssenkung diente zuerst den Banken durch die ver-

günstigte Bereitstellung von Liquidität. Garantien zur Weitergabe dieser Entlastung an die Kreditnehmer (Handwerksbetriebe, Verbraucher) fehlten. Noch am gleichen Tage informierte der Wirtschaftsminister, dass er mit den öffentlichen Banken die Kreditbereitstellung besprochen habe. Jene sei sichergestellt, jedoch mit einem „Risikozuschlag“ für die Bereitstellung!?

Der Widersinn wollte außer uns niemandem auffallen: In der Krise machen Banken weiter Geschäften mit der Not der Kleinunternehmen und der Minister findet nur an den Fragen der Opposition Kritikwürdiges.

Unbeantwortet blieb auch unsere Frage nach Hilfen für Kommunen, die in den 1990er Jahren Cross-Border-Leasing-Geschäfte auf Drängen der Kommunalaufsicht „zur Haushaltskonsolidierung“ städtische Unternehmen verkauft und zurückmieteten. Durch die Krise und neue Rechtsprechung in den USA geraten die überseeischen Partner in Finanznöte, für die vertraglich von den Kommunen Ausfallbürgschaften oder andere Absicherungen erbracht werden müssen. Die Landesregierung sieht hier keinen Hilfsbedarf, kein bedeutendes Problem ..., Daseinsvorsorge, Arbeitsplätze, Kommunalhaushalte - im Landtag war alles in Ordnung. Für uns nicht, deshalb haben wir unseren Fragenkatalog an die Landesregierung im nächsten Finanzausschuss auf die Tagesordnung gesetzt.

Der Redeentwurf auf der Homepage unserer Fraktion: [http://linksfraktion-lsa.de/lts/524\\_01b\\_henke.htm](http://linksfraktion-lsa.de/lts/524_01b_henke.htm)  
Guido Henke,  
MdL

## Wenn die Börsenkurse fallen

Wenn die Börsenkurse fallen, regt sich Kummer fast bei allen, aber manche blühen auf:

Ihr Rezept heißt Leerverkauf. Keck verhökern diese Knaben Dinge, die sie gar nicht haben, treten selbst den Absturz los, den sie brauchen - echt famos! Leichter noch bei solchen Taten tun sie sich mit Derivaten:

Wenn Papier den Wert frisiert, wird die Wirkung potenziert. Wenn in Folge Banken krachen, haben Sparer nichts zu lachen, und die Hypothek aufs Haus heißt, Bewohner müssen raus. Trifft's hingegen große Banken, kommt die ganze Welt ins Wanken -

auch die Spekulantenbrut zittert jetzt um Hab und Gut! Soll man das System gefährden? Da muss eingeschritten werden: Der Gewinn, der bleibt privat, die Verluste kauft der Staat. Dazu braucht der Staat Kredite, und das bringt erneut Profite, hat man doch in jenem Land die Regierung in der Hand. Für die Zehen dieser Frechen hat der Kleine Mann zu blechen und - das ist das Feine ja - nicht nur in Amerika!

Und wenn Kurse wieder steigen, fängt von vorne an der Reigen - ist halt Umverteilung pur, stets in eine Richtung nur. Aber sollten sich die Massen das mal nimmer bieten lassen, ist der Ausweg längst bedacht: Dann wird bisschen Krieg gemacht.

**Kurt Tucholsky, 1930  
veröffentlicht in „Die Weltbühne“**

## Neue Regelungen zum Kinderschutz in Sachsen-Anhalt geplant

Die CDU/SPD-Landesregierung brachte im Juni dieses Jahres den Entwurf für ein Gesetz zur Verbesserung des Schutzes von Kindern und zur Förderung der frühkindlichen Bildung in den Landtag ein. Schwerpunkte sind vor allem die gesetzliche Verpflichtung der Kommunen lokale Netzwerke zu gründen, die Einrichtung einer zentralen Früherkennungsstelle, die die Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen erfasst und die Einführung von verpflichtenden Sprachstandstests und ggf. Sprachstandsförderung.

Bereits in der 1. Lesung kritisierte ich, dass es sich hierbei vor allem um politischen Aktionismus handelt, der jedoch nicht den Kern des Problems trifft. Der Entwurf ist zum einen durch Wiederholungen der Bundesgesetzgebung (Achstes Sozialgesetzbuch) geprägt. Zum anderen wird in die Rechte von Eltern und in die kommunale Selbstverwaltung eingegriffen, wobei sich die Frage stellt, ob dies durch die Zielsetzung überhaupt verfassungsgemäß und sinnvoll ist.

Zunächst unterstützen wir die Einsetzung von lokalen Netzwerken in den Kommunen. Alle Akteure, die Zugang und Umgang mit Kindern haben, müssen eng zusammenarbeiten, damit das Netz möglichst engmaschig wird, um kein Kind hindurch fallen zu lassen. Wichtig dabei sind immer ein enger Kontakt und ein Miteinander auf Augenhöhe mit den Eltern. Offen ist jedoch noch, wer die Mehrkosten für das „Netzwerkern“ in den Kommunen tragen wird.

Die vorgeschlagene Zentrale Früherkennungsstelle soll beim

Landesamt für Verbraucherschutz eingerichtet werden. Ärzte (die die Untersuchungen durchführen) und Meldebehörden übermitteln dort hin sämtliche kindbezogenen Daten in Bezug auf die Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen. Diese Zentrale Stelle gleicht die Daten ab und lädt säumige Eltern ein, die Früherkennungsuntersuchung nachzuholen. Nach zweimaliger erfolgloser Einladung/Erinnerung erfolgt eine Information an das Jugendamt. Somit handelt es sich um eine „Quasi“-Teilnahmepflicht an den Untersuchungen, da ansonsten das Jugendamt entsprechende Maßnahmen einleitet. Allerdings konnte bisher niemand beantworten, ob die „entsprechenden“ Maßnahmen auch tatsächlich bei finanziellen Engpässen eingeleitet werden. Nach Einschätzung von Kinderärzten wird diese Regelung nicht zu dem gewünschten Erfolg führen. Der kurze zeitliche Moment, den die Untersuchung als Einblick in die Welt eines Kindes/einer Familie gibt, reicht nicht aus, um tatsächlich Kindeswohlgefährdungen zu erkennen. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt zudem, dass sämtliche dramatischen Fälle, den Ämtern bekannt waren.

Schließlich unterstützt DIE LINKE auch die Einführung der Sprachstandstest in Kindertageseinrichtungen. Durch Änderungen des KiFöG und des Schulgesetzes sollen in Zukunft verpflichtende Sprachstandstest aller Kinder durch die Kitas durchgeführt werden. Kinder, die keine Einrichtung besuchen, werden einer Kita zugewiesen. Danach besteht ggf. die

Pflicht zur Teilnahme an einer Sprachfördermaßnahme, was quasi zu einer vorgezogenen Schulpflicht für einige Kinder führt. Die Fraktion DIE LINKE wird sich bei der Abstimmung enthalten.

Das Gesetz soll zum 01.01.2009 in Kraft treten. Es ist jedoch nur ein sehr kleiner Baustein im Kinderschutz und zum großen Teil leider nur eine Alibiveranstaltung. Entscheidend ist, dass die Kommunen ausreichend Finanzen zur Verfügung haben, um sich ausreichend Personal mit einer hohen Ausbildung leisten zu können. Denn wenn sich der Staat in die Familien begibt und Probleme erkennt, muss er auch entsprechend Hilfe anbieten können. Wichtigstes Ziel muss es dabei sein: Eltern mitzunehmen; wir müssen sie stark machen und darin unterstützen, ihrer Erziehungsverantwortung gerecht zu werden. Denn jedes Kind hat das natürliche Bedürfnis in seiner Familie leben und aufwachsen zu können. Das ist die Lücke, die wir dringend schließen müssen! Und das ist keine Gesetzeslücke!

Eines muss jedoch in der gesamten Debatte auch klar gesagt werden. Es gibt leider kein Allheilmittel gegen Kindesmisshandlung oder Kindesverwahrlosung. Daher kann es für all diese Probleme keine abschließenden Lösungen geben, weil leider keine Gesellschaft und vor allem kein Gesetz jeden Fall von Kindesmisshandlung oder Schlimmerem verhindern können. Das müssen wir auch so ehrlich sagen.

Eva von Angern

Kinder-, jugend- und familienpolitische Sprecherin

## Kreistour des Landesvorstandes 2008

Liebe Genossinnen und Genossen,

zum zweiten Mal nach 2007 geht der Landesvorstand in den nächsten Wochen auf Kreistour, um vor Ort mit den Stadt- und Kreisvorständen sowie VertreterInnen der Basisorganisationen ins Gespräch über die nächsten Aufgaben zu kommen. Die überaus positive Resonanz auf die erste Tour hat uns motiviert, diesen Weg konsequent fortzusetzen.

Darum möchten wir euch hiermit herzlich einladen zur:

**Beratung des Landesvorstandes mit dem Stadtvorstand und den VertreterInnen der Basisorganisationen des Stadtverbandes Halle am 19. November 2008, 18.00 Uhr, in Halle, Freiwilligenagentur, Leipziger Straße 27 - Eingang über Martinstraße.**

Im Mittelpunkt der Beratung wird die Vorbereitung auf das „Superwahljahr 2009“ stehen. Der Landesvorstand wird die Gelegenheit nutzen, um den landesweiten Wahlworkshop am 6. Dezember vorzubereiten, auf dem die Grundzüge des gemeinsamen Wahlkampfes vereinbart werden sollen. Darüber hinaus wird es um eine Themenfindung zur Vorbereitung der Kommunalwahlen 2009 und eine Vorstellung des vorliegenden Europawahlprogrammwerfes gehen.

Natürlich soll auch Gelegenheit bestehen, sich über weitere aktuelle Aufgaben oder Probleme auszutauschen.

Es wäre schön, wenn wir aus jeder Basisorganisation mindestens eine/n Genossin/en begrüßen könnten. Die Arbeitsberatung steht selbstverständlich weiteren interessierten Mitgliedern offen.

Mit solidarischen Grüßen

Matthias Höhn  
Landesvorsitzender

Sven Knöchel  
Stadtvorsitzender

## Richtungswechsel in der US-Außenpolitik wäre ein begrüßenswertes Zeichen

Der Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE Dietmar Bartsch erklärt zum Wahlsieg von Barack Obama:

DIE LINKE gratuliert Barack Obama zu seiner Wahl. Sie stellt eine politische und kulturelle Zäsur in der amerikanischen Geschichte

dar. Barack Obama tritt sein Amt an in einer Zeit, in der eine schwere Finanzmarktkrise die Welt erschüttert, in der der Krieg als Mittel der politischen und zivilen Konfliktlösung nach wie vor nicht geächtet ist. Mit seinem Wahlsieg verknüpft sind die Hoffnungen vieler Menschen auf einen Kurswechsel in der Politik der USA, vor allem in der Außenpolitik.

Während des Wahlkampfes hatte Barack Obama Berlin als Ort für seine außenpolitischen Botschaften

gewählt und ein Zeichen für eine atomwaffenfreie Zukunft ausgesandt. Die Abschaffung der Atomwaffen ist ein lange schon überfälliger Schritt, die Abrüstung generell ist eine wichtige Voraussetzung für Frieden.

Als 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika wird sich Barack Obama jetzt an der Umsetzung seiner Worte messen lassen müssen. DIE LINKE wird seine Politik aufmerksam verfolgen und wünscht ihm Erfolg.

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtverband  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail info@dielinke-halle.de  
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g  
Auflage: 650 Exemplare

#### Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
06.11.2008  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 20.11.2008

### Nachruf

Das langjährige Mitglied der Partei Die Linke und  
Vorsitzender der Basisorganisation Am Gimritzer Damm,  
Genosse Alfred Hay

\*13.10.1931

ist am 3. November 2008 verstorben.

Die Linke  
Stadtverband Halle

Basisorganisation  
Halle-Neustadt Nord